

Grünen-Chef Nouripour für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine

Stand: 10:15 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Kann die Ukraine den Krieg gewinnen? Ihre Erfolge auf dem Schlachtfeld beflügeln in Deutschland die Fantasie – und die Diskussion über den eigenen Beitrag. Grüne und FDP drängen auf mehr Waffen, SPD-Generalsekretär Kühnert dämpft Erwartungen.

Die Erfolge der Ukraine bei der Zurückschlagung der russischen Invasionstruppen lassen in Deutschland den Ruf nach mehr Waffen für das angegriffene Land wieder lauter werden. In der Koalition dringen vor allem Grüne und FDP auf die Lieferung schwerer Waffen. „Alle in der Regierung wissen indes, dass noch mehr möglich wäre“, sagte Grünen-Chef Omid Nouripour der „Augsburger Allgemeinen“ (<https://www.augsburger-allgemeine.de/>). „Da sollte nicht nur im Ringtausch, sondern wo möglich auch direkt aus den Beständen von Bundeswehr und Industrie geliefert werden.“

Deutschland müsse die Ukraine dabei unterstützen, noch vor dem Wintereinbruch „so viel wie möglich von ihrem eigenen Land zu befreien“, sagte Nouripour. Ob dies auch wie von der Ukraine gefordert für Leopard-II-Kampfpanzer gelten soll, die neben dem Schützenpanzer Marder derzeit Teil des Ringtauschs sind, ließ der Grünen-Politiker offen. „Wir müssen uns im Verbund mit unseren Alliierten bewegen“, sagte er dem Blatt. Das sei „wichtiger als die Debatte um einzelne Waffensysteme“.

Beim Ringtausch rüstet Deutschland osteuropäische Nato-Partner mit Leopard-Kampfpanzern und Schützenpanzern Marder aus, die dafür ältere Panzer sowjetischer Bauart an die Ukraine abgeben. Der FDP-Verteidigungsexperte Marcus Faber forderte die direkte Lieferung von Marder-Schützenpanzern. „Mit unseren Panzern würde die Befreiung schneller vorankommen, und weniger Ukrainer müssten sterben“, sagte er der „Bild“ (<https://www.bild.de/>). Der Finanzminister, FDP-Chef Christian Lindner, sagte „Bild“ angesichts des Etappensiegs der Ukraine: „Wir müssen jeden Tag prüfen, ob wir noch mehr tun können, um ihr in diesem Krieg beizustehen.“

Bisher hält sich vor allem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei direkten Lieferungen zurück – mit dem Hinweis darauf, dass auch die großen Nato-Partner keine Panzer direkt liefern

und Deutschland keine Alleingänge unternehmen will. Auch Nouripour sagte: „Wir müssen uns im Verbund mit unseren Alliierten bewegen. Das ist wichtiger als die Debatte um einzelne Waffensysteme.“

Die US-Botschafterin in Deutschland spricht sich aber vorsichtig für mehr deutsche Unterstützung für Kiew aus. Sie begrüße und bewundere, was die Deutschen für die Ukraine täten, sagte Amy Gutmann am Sonntagabend im ZDF. „Dennoch: Meine Erwartungen sind noch höher an Deutschland.“ Deutschland wolle hier eine größere Führungsrolle einnehmen. „Wir hoffen und erwarten, dass Deutschland das auch erfüllen wird.“ Und: „Wir müssen alles machen, wozu wir in der Lage sind“, sagte sie, vermied aber auf mehrere Nachfragen eine konkrete Festlegung, ob Deutschland mehr schwere Waffen liefern soll.

Strack-Zimmermann mahnt Scholz und Lambrecht

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), forderte die Lieferung von deutschen Kampfpanzern. Deutschland müsse die Erfolge der Ukraine bei ihrer Gegenoffensive mit dem Schützenpanzer Marder und auch mit dem Kampfpanzer Leopard II unterstützen, sagte die FDP-Politikerin im ARD-„Morgenmagazin“. „Das ist unglaublich wichtig und sollte sofort passieren“.

Angesichts der ablehnenden Haltung des Bundeskanzlers und Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) gegenüber der Lieferung von Kampfpanzern sagte Strack-Zimmermann, „ich wünschte mir, dass der Bundeskanzler seine Linie ändert, ich wünschte mir, dass die Verteidigungsministerin ihre Linie ändert“. Jetzt sei das „Momentum“, entsprechende Waffen zur Unterstützung der Ukraine zu liefern, „und da sollten wir in der Tat nicht zögern“.

Das Argument, Deutschland würde damit zur Kriegspartei, wies Strack-Zimmermann zurück. „Wir haben es hier mit einem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine zu tun, die Ukraine verteidigt völkerrechtskonform ihr eigenes Land, und es ist auch konform, dass die Partner Waffen liefern können“, sagte sie.

SPD-Chef schließt Lieferungen nicht aus

SPD-Chef Lars Klingbeil verschloss sich dem zumindest nicht und betonte die Notwendigkeit internationaler Abstimmung. „Natürlich müssen wir im westlichen Bündnis auch bewerten: Muss es jetzt weitere Waffenlieferungen geben? Und das muss schnell passieren“, sagte er am Sonntag in der ARD (<https://www.ard.de/>). „Das muss jetzt unter den Staats- und Regierungschefs besprochen werden angesichts der Forderungen aus der Ukraine, angesichts auch der Erfolge, die die Ukraine gerade hat.“

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert dämpft hingegen die Erwartungen an deutsche Panzerlieferungen an die Ukraine. „Sehr wohl unterstützen wir aber mit den osteuropäischen Partnern den Ringtausch“, sagt Kühnert auf RTL/ntv mit Blick auf das laufende Verfahren und verweist darauf, dass bisher kein Staat westliche Panzer geliefert habe.

Zudem gelte weiter die Aussage, „dass wir nicht schleichend hineingezogen werden wollen in den Krieg, dass wir Russland nicht dazu animieren wollen, völlig irrational am Ende zu handeln und noch ganz andere Staaten anzugreifen.“ Das sei ein wichtiger Aspekt in der Auseinandersetzung. Und dieser Aspekt müsse – „bei allem heißen Herzen“ – immer auch bedacht werden.

Nouripour sagte: „Wir müssen den Bedarf der Ukraine nach Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellen. Gerade jetzt, bevor der Winter kommt, müssen wir die Ukraine dabei unterstützen, in diesem Jahr noch so viel wie möglich von ihrem eigenen Land zu befreien.“ Er ließ offen, ob dies etwa Leopard-Kampfpanzer beinhalten sollte. Kiew hat sowohl um Leopard-2 gebeten als auch um Schützenpanzer Marder, die die deutsche Rüstungsindustrie sofort liefern könnte; das Kanzleramt hat dafür aber bisher kein grünes Licht gegeben.

Bei Lieferungen aus Beständen der Bundeswehr sträubt sich Verteidigungsministerin Lambrecht. Im Onlinemagazin Politico (<https://www.politico.eu/>) wies sie auf die Nato-Übereinkunft zur Verstärkung der Ostflanke hin, die Deutschland sehr ernst nehme. Aber: „Ich muss in der Lage sein, Material nach Litauen zu verlegen. Und ich sag es noch mal: Ich habe viel Gerät auf dem Papier – aber wenn ich mir die Einsatzbereitschaft anschau, dann sieht die ganz anders aus.“ Dies liege an der früheren Unterfinanzierung der Bundeswehr. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte es jüngst jedoch als wichtiger eingestuft, die Ukraine zu unterstützen, als nach Plan gefüllte Waffenlager in Nato-Staaten zu haben.

Auch die Union macht wieder mehr Druck. „Die aktuelle Entwicklung in der Ukraine zeigt, mit den nötigen Mitteln kann Putins Invasionsdrang erfolgreich zurückgeschlagen werden“, sagte der verteidigungspolitische Fraktionssprecher Florian Hahn (CSU) den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. „Berlin muss endlich seine Zurückhaltung aufgeben und mehr Waffen liefern.“ Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen sagte „Bild“: „Dazu zählen insbesondere auch Panzer aus den Beständen der Bundeswehr. Nirgendwo sonst werden sie gegenwärtig zur Wiederherstellung des Friedens gebraucht.“

dpa/mre/jmr

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240997595>